

# Am Status quo nicht rütteln

## Stolze 3,1 Billionen Euro werden in den kommenden Jahren in der BRD vererbt. Viel davon wird jedoch von Millionären an ihre Kinder weitergereicht

Johannes Supe

---

Wäre die Bundesrepublik eine Nation des Durchschnitts, könnte jeder Mensch in ihr prächtig leben. Das Geldvermögen der Bundesbürger hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren mehr als verdoppelt (+126 Prozent). Nimmt man Sachwerte wie Autos und überdies Immobilien hinzu, haben die Deutschen elf Billionen Euro – 1.000 Milliarden sind eine Billion – an Vermögen zusammengerafft. Viel davon wird in den kommenden zehn Jahren in Form von Erbschaften weitergereicht. Ganze 3,1 Billionen werden bis 2024 durch Todesfälle den Besitzer wechseln. Im Schnitt werden pro Erbfall dann 363.000 Euro vermacht.

Nun glauben Sie nicht, dass Ihre Familie überhaupt so viel Tafelsilber besitzt? Vermutlich haben Sie damit Recht. Denn Vermögen wie Erbschaften sind in der Bundesrepublik außerordentlich ungleich verteilt. Den Durchschnitt erreicht nur eine Minderheit der hier Lebenden.

Am Mittwoch stellte das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) seine Studie »Erben in Deutschland 2015-24: Volumen, Verteilung und Verwendung« in Berlin vor. Das DIA wurde 1997 unter anderem auf Initiative der Deutschen Bank gegründet. In der Erhebung legt das Institut nahe, nicht an der jetzigen Form der Erbschaftssteuer zu rütteln.

In 7,7 Millionen Haushalten der BRD werden zwischen 2015 und 2024 wohl Todesfälle zu beklagen sein. Gut jeder dritte Euro der deutschen Vermögen wird dann vererbt, eben: 3,1 Billionen. Von denen wird etwa eine Billion an Ehegatten – also innerhalb derselben Generation – weitergereicht. 2,1 Billionen kommen den Kindern der Verstorbenen zugute.

»Nimmt man hier aber die Krupps und Quandts aus, sinkt der Betrag erheblich«, sagte Reiner Braun, der die Studie erstellte. Denn die zwei Prozent der Vermögendsten würden gut ein Drittel des gesamten Erbschaftsvolumens stellen. 700 Milliarden Euro befinden sich da also in der Hand von nicht mal hundertsechzigtausend Menschen. Den Kindern derjenigen Millionen, die nicht zu den Superreichen gehören, bleiben noch 1,4 Billionen Euro. Nicht 363.000 Euro werden im Schnitt an sie weitergereicht, sondern nur noch 242.000 Euro – sollte es nur einen Erben geben.

Auch da trägt der Durchschnitt noch, denn die Vermögen sind hierzulande tief gestaffelt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent) darf bestenfalls auf Erbschaften von bis zu 75.000 Euro hoffen. Jeder Achte erbt ohnehin nichts – oder die Schulden seiner Familie. Und auch regional gilt es zu unterscheiden, denn am schlechtesten sind jene gestellt, denen bei der Zerschlagung der DDR blühende Landschaften versprochen wurden. Insgesamt 61 Prozent der Erben im Osten werden entweder Schulden, bestenfalls aber 50.000 Euro erben. Im Westen sind es lediglich 43 Prozent. Umgekehrt kommen Nachlässe über einer Million Euro in Ost fast nicht (0,4 Prozent), in West dafür gehäuft (2,2 Prozent) vor.

Ob durch diese Art der Vermögensweitergabe aber die Ungleichheit in der Gesellschaft zunehme, das sei eine

»Frage der Perspektive«, meinte Reiner Braun. »In meiner Generation werde ich natürlich beobachten, dass der eine Klassenkamerad viel und ich selbst wenig erbe«, sagte er. Auf die gesamte Gesellschaft betrachtet, nehme durch die Erbschaften aber die Gleichheit angeblich zu. Klar: Wenn ein Millionär sein Vermögen an zwei Kinder vermacht, dann gibt es ja keinen Millionär mehr.

Allerdings steht in der von Braun geführten Studie auch das genaue Gegenteil. Ärmere Elternhäuser hätten häufig mehr Kinder als reichere, das wenige Geld werde auf noch mehr Personen aufgeteilt. Das »fördert die Ungleichheit«, heißt es in der Erhebung.

Einer Erhöhung der Erbschaftssteuer wird hingegen eine Absage erteilt. Würde man sie anheben, werde der Anreiz für die Bourgeoisie größer, Steuerflucht zu begehen. Statt dessen wird eine »Flat tax« – also eine für alle Erben gleiche Steuer in Höhe von drei Prozent – erörtert. Die aber sei wohl nicht »mit dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit vereinbar«. So kommt das von der Deutschen Bank angestoßene DIA zum Schluss: »Bauchgefühl und Pragmatismus sprechen für Status quo«. Der liegt übrigens bei einem effektiven Steuersatz für Erbschaften von 2,8 Prozent.

Die Studie im Internet: [kurzlink.de/Erbschaftsstudie](http://kurzlink.de/Erbschaftsstudie)

---

<http://www.jungewelt.de/2015/09-10/053.php>